

VISIONEN FÜR ÖSTERREICH:

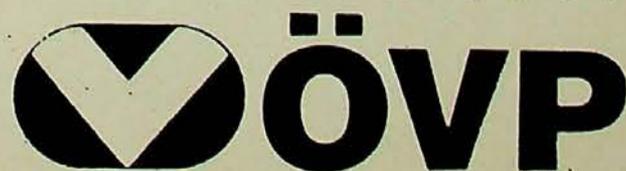
Ökosoziale Marktwirtschaft

Diskussionsforum 1

Freiheit und Macht -

Wege einer neuen politischen Kultur

Neu denken.
Für Wirtschaft
und Umwelt.



Zukunftsparteitag, 24.-25. November 1989, Graz

Diskussionsforum 1
28. a.o. Bundesparteitag, 24. November 1989

Vorsitz: LH Dr. Josef Ratzénböck
Berichterstatter: Abg.z.NR Dr. Heinrich Neisser

FREIHEIT UND MACHT - WEGE EINER NEUEN POLITISCHEN KULTUR

Das Vertrauen der Bürger in die Politik und die Politiker hat in den letzten Jahren gelitten: AKH-Skandal, Lucona-Skandal, Noricum-Skandal, völliges Ignorieren des Konferenzentrums-Volksbegehrens, Steueraffären und Griffe in Gewerkschaftskassen markieren einen Stand der politischen Kultur, der beängstigend ist. Als Folge schlägt die Ablehnung dieser Art von Politik allen politisch Tätigen, zumindest aber allen Regierenden, oft recht undifferenziert entgegen.

73 % der Befragten gaben in einer IMAS-Umfrage Anfang dieses Jahres an, daß es eine besonders wichtige Aufgabe der Regierung wäre, "für Sauberkeit in der Politik zu sorgen, die Freunderlwirtschaft zu bekämpfen". Damit liegt diese Forderung sogar noch vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Umweltverschmutzung an erster Stelle. In der Jugendstudie des Familienministeriums wurde festgestellt, daß 83% der Jugendlichen glauben, es "gehe in der Politik ziemlich korrupt zu".

Die Österreicher verlangen aber zu Recht Sauberkeit und politischen Anstand, persönliche Integrität und öffentliche Moral. Um dies wieder herzustellen, strebt die ÖVP eine Erneuerung der politischen Kultur in Österreich an.

I. Dabei stellen sich im öffentlichen Bereich folgende Aufgaben:

o Sachbezogenheit statt Konfrontation

Die Form der Auseinandersetzung muß sachbezogener und problemorientierter werden, die Diskussion muß bei den Sehnsüchten und Wünschen der Bürger sowie den sachlichen Anforderungen ansetzen. Die Diffamierung politischer Gegner und aggressive Feindseligkeit bringen allenfalls kurzfristige Erfolge, schaden aber langfristig allen.

Die ÖVP erwartet daher von den politischen Kräften die Korrektur tief verankerter Gewohnheiten. Wir bieten unser ernsthaftes Bemühen um Korrektheit, Fairneß und Ehrlichkeit an.

Wir schlagen insbesondere ein umfassendes Fairneßabkommen für den kommenden Wahlkampf und die strenge Überprüfung seiner Einhaltung vor.

Dazu sollte eine Kommission aus unabhängigen Richtern und den Vorsitzenden der Schiedsgerichte der Parteien geschaffen werden, diese sollte unter dem Vorsitz eines unabhängigen Richters stehen. Bei Verstößen gegen das Fairneßabkommen sollten empfindliche Geldstrafen zugunsten karitativer Einrichtungen verhängt werden.

Wir bitten aber umgekehrt auch um mehr Fairneß der Medien und der Öffentlichkeit gegenüber der Politik. Jede Pauschalierung trifft gerade jene Politiker besonders unverdient, die sich um eine korrekte und saubere Form ihrer Arbeit bemühen.

o Einbeziehung der Bürger in die Entscheidungen

Viele Bürger haben heute den Eindruck, daß zwischen ihnen und den politischen Entscheidungsträgern eine zu große Distanz besteht, daß sie kein Gehör finden würden, keinen Einfluß auf Entscheidungen nehmen können, von denen sie direkt betroffen sind.

Bei wichtigen gesetzgeberischen Entscheidungen, aber auch bei Akten der Verwaltung, beispielsweise bei der Planung langfristiger Projekte, müssen alle Betroffenen ihre Positionen zur Geltung bringen können.

Die ÖVP tritt daher für

- mehr direkte Demokratie, etwa durch eine verpflichtende Volksabstimmung bei entsprechend unterstützten Volksbegehren,
- eine Personalisierung des Wahlrechts, und ein Wahlrecht für Auslandsösterreicher ohne Schikanen,
- die verfassungsmäßige Grundlage zur Einführung des Briefwahlrechtes,
- ein korrektes Wahlverfahren in den Arbeiterkammern,
- eine Bürgerbegutachtung im Gesetzgebungsverfahren und
- eine verbesserte Bürgerbeteiligung in der Verwaltung ein.

o Aktive und unabhängige Justiz

Die Justiz darf nie mehr ein willfähriges Instrument der politischen Machthaber werden.

Die ÖVP lehnt daher alle Versuche, auf Staatsanwälte oder Richter über die Öffentlichkeit Druck auszuüben, entschieden ab.

o Politische Aufklärung von Mißständen

Die politische Verantwortung in Zusammenhang von kriminellen und dubiosen Affären muß auch parlamentarisch untersucht werden.

Daher ist die ÖVP für die Einsetzung eines Noricum-Untersuchungsausschusses eingetreten, damit dieser seine Arbeit noch in dieser Legislaturperiode abschließen kann.

o Bekämpfung der Parteibuchwirtschaft

Die starke Stellung der Parteien in den verschiedensten Bereichen der österreichischen Gesellschaft ist historisch erklärbar. Ein mit Recht von den Bürgern abgelehnter Mißbrauch dieser starken Stellung ist die Parteibuchwirtschaft. Das Parteibuch muß Gesinnungsdokument sein, nicht Berechtigungsschein für irgendwelche Bevorzugungen. Es darf seinen Besitzer freilich auch nicht benachteiligen.

Die Aufnahme und Beförderung im öffentlichen Dienst muß sich ausschließlich nach objektiven Kriterien, insbesondere der Qualifikation und Leistungsfähigkeit von Bewerbern, orientieren.

Die ÖVP hat dazu in verschiedenen Bundesländern Modelle realisiert und betrachtet das heuer beschlossene Ausschreibungsgesetz als Schritt in die richtige Richtung. Wenn entsprechende Erfahrungen vorliegen, sollte dann eine Weiterentwicklung in Richtung des ursprünglichen ÖVP-Vorschlags von unabhängigen Personalkommissionen unter externem Vorsitz erfolgen. Notwendig ist aber ein rasches Nachziehen bei der ÖBB und die Einführung von klaren Anforderungsprofilen auch im Schulbereich.

o Privatisierung, Deregulierung, Entbürokratisierung

Je weniger Lebensbereiche der staatlichen Gestaltung unterliegen, umso geringer sind die Wirkungsmöglichkeiten eines strukturell bedingten Fehlverhaltens. Privatisierung, Entbürokratisierung und Deregulierung beseitigen Gebiete latenter Versuchung zu politischer Unmoral.

Die ÖVP wird daher die eingeleiteten Privatisierungsschritte fortsetzen, initiative Menschen und Gruppen von bürokratischer Bevormundung und zünftlerischer Gängelung befreien.

II. Da aber eine Erneuerung der politischen Kultur auch im Bereich der eigenen Parteiarbeit und Organisation ansetzen muß, setzen wir uns fünf Ziele:

o Öffnung der Partei

Die ÖVP wird mehr zuhören und das Gespräch, gerade mit den kritischen Bürgern, suchen. Ein Beispiel dafür ist die

Vorbereitung des Zukunftsparteitages, wo an alle Österreicherinnen und Österreicher die Einladung erging wird, in verschiedensten Formen ihre Vorschläge und Anregungen einzubringen.

Die Anwesenheit bei einer Unzahl von Kurz-Terminen soll zugunsten ernsthafter Gespräche von Politikern und Bürgern zurücktreten.

o Frauen

Die ÖVP wird die Mehrheit der Bevölkerung, die Frauen, mehr als bisher bei der Besetzung von Mandaten und Parteifunktionen berücksichtigen.

Dies muß mit anderen Formen der Zeitgestaltung für die politische Arbeit einhergehen, die es Männern und Frauen in politischen Funktionen erlaubt, neben ihrer beruflichen Tätigkeit auch für die Familie dazusein (z.B. politikfreies Wochenende).

o Neue innerparteiliche Umgangsformen

Die ÖVP wird eine offene Diskussion in Sachfragen führen und die Öffentlichkeit über parteiinterne Vorgänge informieren. Gleichzeitig aber werden gemeinsam getroffene Beschlüsse auch nach außen gemeinsam getragen werden.

o Einbeziehung der Mitglieder

Die ÖVP wird ihren Mitgliedern mehr inhaltliche Mitgestaltungsmöglichkeiten, etwa durch verstärkte Mitbestimmung und vermehrte Mitgliederbefragungen geben.

Nach Abschluß der Wahlrechtsreform wird die ÖVP innerparteilich neue Verfahren der Kandidatenaufstellung anwenden: Vorwahlssysteme werden bereits in der Phase der Kandidatennominierung den Einfluß des einzelnen Mitglieds stärker zur Geltung bringen.

o Ämterentflechtung/Bezügebeschränkung/finanzielle Offenlegung

Die ÖVP wird ihre Funktionäre überzeugen, daß eine Häufung von Aufgaben in einer Hand heute weniger sinnvoll denn je ist, und daß zumindestens öffentliche Einkommen in ihrer Summe nicht höher als ein Ministergehalt sein dürfen. In diese Regelung sollten auch die Länder einbezogen werden.

Um Mehrfachabfertigungen zu vermeiden, soll nur eine Abfertigung am Ende der Politikerlaufbahn gewährt werden. Das Anfallsalter für eine Politikerpension muß im Zusammenhang mit dem Abbau unterschiedlicher Pensionsalter (z.B. ÖBB) ebenfalls neu geregelt werden. Rentenleistungen in Zusammenhang mit Mandaten sollen auf die Dauer des Mandates ruhen.

Vor jeder Kandidatur zu einem öffentlichen oder einem Parteiamt sollen die Bewerber ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse offenlegen, ebenso nach Beendigung ihrer Tätigkeit.

Überdies müssen Politiker auch in ihrem privaten Vermögensbereich ein Vorbild darstellen. Rechtlich gerade noch zulässige Verhaltensweisen sind bei Politikern weniger zu tolerieren, als vielleicht bei anderen Bürgern - politische Verantwortung geht weiter als die strafrechtliche.